



DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II- 9379 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Zahl: 50 115/327-II/2/89

Wien, am 8. Dezember 1989

An den
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER
Parlament
1017 W i e n

4298 IAB
1989 -12- 12
zu 4423 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Partik-Pable und Haigermoser haben am 23. Oktober 1989 unter der Nr. 4423/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend den "Personalman- gel im Polizeigefangenenhaus Salzburg" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Werden Sie, um eine vollständige Betreuung der Inhaftierten sicherzustellen, die Halbdienstposten im Polizeigefangenenhaus Salzburg aufstocken?
2. Wenn ja, ab wann und in welchem Umfang wird diese Aufstockung erfolgen?
3. Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Für die Überwachung der Inhaftierten im Polizeigefangenenhaus Salzburg sind vier dienstführende und 25 eingeteilte Sicherheitswa- chebeamte vorgesehen. Mit dieser Anzahl von Sicherheitswachebeamten kann das Auslangen gefunden werden. Gibt es mehr als 60 Inhaftier- te, werden zusätzliche Sicherheitswachbeamte abkommandiert, wodurch die Halbdienstgruppe den Erfordernissen entsprechend aufgestockt wird.

- 2 -

Zu Frage 2 und 3:

Eine ständige Planstellen- bzw. Personalvermehrung im Polizeigefangenenhaus erscheint gegenwärtig nicht erforderlich. Das Ansteigen der Inhaftierten ist vor allem auf die große Zahl von Schubhäftlingen, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen und möglicherweise nur vorübergehend gegeben. Darüberhinaus habe ich auch aufgrund der Anzahl an systemisierten Planstellen im Stellenplan gegenwärtig keine Möglichkeit, der Behörde zusätzliche Sicherheitswachbeamte für das Polizeigefangenenhaus zuzuweisen, sodaß eine Erhöhung des Personalstandes nur zu Lasten anderer Organisationseinheiten (wie beispielsweise Wachzimmer) erfolgen könnte. Sollte die Anzahl der Schubhäftlinge jedoch weiter steigen, müßten selbstverständlich weitere personelle und organisatorische Überlegungen angestellt werden.

17.06.1976